

109-5-50

18 kstai

18 kstai

20.8.2009 Junt

Sicherheitsdienst Rf//
SD-Leitabschnitt Prag

Prag-Bubentich 9. Januar 1942.
Sachfenweg
Fernsprecher 77444

C - Arch.7.

1

Das Amt des Reichsprotector in Böhmen und Mähren. Eing.: 16. JAN. 1942

R/S

An den
Herrn Staatssekretär beim
Reichsprotector in Böhmen und Mähren
H-Gruppenführer K.H. Frank,
Prag.

Betr.: Verhalten der tschechischen Arbeiterschaft.
Vorg.: Laufende Berichterstattung.

Die den Arbeiter in der Hauptsache bewegenden Momente sind nach wie vor die Lebensmittelversorgung und das Lohnproblem, wenn auch durch den Eintritt der USA in den Krieg und die Lage im Osten der Flüsterpropaganda und damit dem Widerstandswillen ein neuer Auftrieb gegeben wurde. Im Allgemeinen erkennt der Arbeiter jedoch die Massnahmen der letzten Zeit an, was jedoch keinen Umschwung in der politischen Einstellung der Arbeiterschaft zur Folge hatte. Teilweise gemachte Aeusserungen, die in dem Wunsch gipfelten, daß alle Behörden unter deutsche Leitung kommen möchten, sowie über die viel sozialere Einstellung des deutschen Regimes sind wohl nur zu einem kleinen Teil auf Ueberzeugung, im Wesentlichen aber auf die augenblickliche Begeisterung bei erfolgten Sonderzuteilungen zurückzuführen, jede Zuteilung ruft auf der einen Seite Freude und Genugtuung, auf der Seite der nicht von dieser Zuwendung Betroffenen jedoch Unruhe und Bitterkeit hervor. Dies ist vor allem bei den aus dem Arbeiterstand hervorgegangenen Angestellten der Fall, an die ebenfalls erhöhte Anforderungen, besonders durch den Mangel an Arbeitskräften gestellt werden. Aber auch in den kleineren Betrieben, die nicht die Möglichkeiten finanzieller sowie wirtschaftlicher Betreuung haben macht sich eine Verbitterung der Angestellten- und Arbeiterschaft bemerkbar.

Die Sonderzuteilung von Schuhen, Kaffee und Tee an die Rüstungsbetriebe war von besonders günstiger Auswirkung. Gerüchte, dass

2

die Schuhe gefallenen Soldaten oder Juden abgenommen worden seien, wurden bald dadurch widerlegt, dass die Beteiligten in den Schuhgeschäften auf die erhaltenen Bezugscheine erstklassiges Schuhwerk sich frei auswählen konnten.

Die Lebensmittelversorgung ist im Wesentlichen geregelt, die Arbeiter haben sich allmählich damit abgefunden, dass sie für die verabreichten Suppen monatlich Fettmarken abgeben müssen, da sie doch lieber die Suppen beziehen und mehr davon haben, als wenn die abzugebenden 80gr im Haushalt verwendet werden. Für die von dem Bezug von Zusatzkarten ausgeschlossenen Arbeiter und Angestellten bedeutet diese Abgabe jedoch eine grosse Belastung, da die Fettmenge schon so als viel zu gering betrachtet wird.

Weiter wird häufig über die zu knappe Brotzuteilung, die sich vor allem bei den Arbeitern grösserer Werke, die oft einen Anmarsch von km 20 - 30 haben und sich Brot zur Arbeitsstätte mitnehmen, geklagt.

Ebenso besteht immer noch ein nicht unerheblicher Mangel an Arbeitskleidung, Gummi- und Lederschuhwerk und an Fahrradreifen. Letzteres hindert oft die rechtzeitige Heranbringung der Arbeiter an die Arbeitsstätten, die teilweise sogar mangels Autobusverkehr gezwungen sind, 20 - 30 km zu Fuss zurückzulegen. Verschiedentlich wurde von den Betrieben angeregt, Fahrradreifen im Sammelbezug zu beziehen, um so eine gleichmässige Verteilung an die Rüstungsarbeiter zu gewährleisten.

Die Versorgung mit Hausbrandkohle und Brennstoffen ist so schlecht, dass die Arbeiter nicht einmal ihr Essen kochen können und die Betriebe gezwungen sind an ihre Gefolgschaft Brennstoff aus Werksvorräten abzugeben, wenn die Stimmung und damit die Produktion vor allem in Rüstungsbetrieben nicht sinken soll.

Die Einstellung der Arbeiterschaft zum Schleichhandel ist nach wie vor positiv. Vereinzelt erklärten Arbeiter jedoch, dass sie, soweit der Lohn dies zulies, früher die Möglichkeit hatten, sich unter der Hand Lebensmittel zu beschaffen, was jetzt nicht mehr möglich sei.

Auf lohnpolitischem Gebiet ist die Arbeiterschaft zu der Ansicht gekommen, dass Lohnerhöhungen nicht so notwendig sind als die

3

Stabilität der Preise, da eine solche stets Preiserhöhungen nach sich ziehe und deshalb praktisch wertlos sei. So konnte ein Hilfsarbeiter früher mit seinen K 160 - 200.-wöchentlich mehr anfangen als heute mit K 270 - 300.- in der Woche, weil die Löhne um die Hälfte, die Preise jedoch um das Doppelte und Dreifache gestiegen sind.

Zum Arbeitseinsatz im Reich melden sich nur wenig Arbeiter, da einesteils über die mangelhaften Unterkunftsmöglichkeiten, sowie über die schlechte Behandlung der Tschechen im Reich geklagt wird, andererseits durch die doppelte Haushaltsführung der Unterschied zu der höheren Bezahlung im Reich beinahe ausgeglichen wird und man den geringen finanziellen Vorteil ungerne mit der Sicherheit vor Luftangriffen und der gewohnten Umgebung vertauscht.

Die Gewerkschaften haben immer mehr an Bedeutung verloren, da dem Arbeiter das Vertrauen zu der Führung fehlt. Vereinzelt wurde der Wunsch, dass diese in deutsche Hände übergehen möge, geäußert. Auch die Betriebsausschüsse, die ihr Dasein und bereits stark geschwundenes Ansehen bei der Arbeiterschaft durch Mitwirkung bei Erfüllung von angeordneten sozialen Massnahmen zu erhalten versuchen, führen nur noch ein Schattendasein.

Handwritten signature



Le III. II. 42

*G. 26
Bj. dem Herrn Reichsarbeitsminister
Bj. Herrn Min. Leo Geydohr
zur Kenntnis übersandt.
1. 2. 1942
8/2. 42.*

*3. 11. 42
13/12. 42*

Sicherheitsdienst RfH
SD-Leitabschnitt Prag

A 3 - PA. 3055/41 -

Prag-Bubentfch, den 11. Nov. 1941.
Sachfenweg
Fernsprecher 77444

Staatssekretärs
Reichsprotector
in Böhmen und Mähren.
Eing: 12. NOV. 1941
Tg. N.

An den

Herrn Staatssekretär
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
4-Gruppenführer K.H. Frank,

Prag.

Betr.: ~~Hochberg, Karoline, Deutsche,~~
wohnhaft: Soutitz Nr. 55, Bez. Wlaschim.

Vorg.: Schreiben des Herrn Oberlandrats in Tabor
vom 20.10.1941.

Zur Person der Frau H. kann auf Grund eingehender Ermittlungen festgestellt werden, dass sie auf keinen Fall als Angehörige der national vollkommen gleichgültigen Zwischenschicht zu bezeichnen ist. Sie ist eine ganz einfache und vollständig mittellose Frau. Durch Einberufung ihres Mannes zum Heeresdienst ist sie in Soutitz sitzen geblieben und muss, da sie keine Eltern mehr hat und auch sonst ohne Zufluchtsstätte ist, so lange dort bleiben, bis ihr Mann seinen Zivilberuf wieder aufnehmen kann. Von früh bis abends arbeitet sie teils im Barackenlager des Fernstrassenbaues, teils als Putzfrau und als Wäscherin. Die H. ist tatsächlich nicht im Besitze eines deutschen Staatsangehörigkeitsausweises. Sie selbst gibt hierzu an, dass sie und ihr Mann nie anders als deutsch gewesen seien und sie es nicht für erforderlich gehalten habe, sich darüber noch einen Ausweis zu beschaffen. Da Frau H. überhaupt nicht über die Existenz und Zuständigkeit der deutschen Behörden und Organisationen aufgeklärt ist, muss angenommen werden, dass sie von Seiten der Partei nicht genügend betreut wurde, denn sonst hätten alle Schwierigkeiten nicht auftreten können.

Bezugnehmend auf den letzten Absatz des Schreibens des Franz Dürrer, Wlaschim an den Herrn Oberlandrat in Tabor vom 13.10.1941 ist festzustellen, dass diese Angaben vollständig haltlos sind. Die Ermittlungen beim Gendarmerieposten, beim Bürgermeister, bei Geschäftsleuten und bei der Hausbesitzerin, bei der Frau H. wohnt,

St. G. 14-112 d/41

ergaben

5

ergaben, dass sich Frau H. vom ersten Tag ihrer Anwesenheit in Soutitz ausdrücklich als Deutsche zu erkennen gegeben hat und jederzeit als solche auftritt. Ihr Junge spricht deutsch und sie selbst spricht heute noch ein sehr schlechtes tschechisch. Die Tschechen verkehren mit ihr, soweit möglich, in deutscher Sprache. Die Geschäftsleute sagen, dass Frau H. eine angenehme Kundin sei und dass ihnen nichts davon bekannt ist, dass sie als Deutsche irgendwann einmal beim Einkauf von Waren einen Druck ausgeübt oder etwa mit der Gestapo gedroht habe. Der Bürgermeister gibt an, dass ihm in keinem Falle irgendwelche Klagen aus der Gemeinde über Frau H. zugetragen wurden und dass überhaupt keinerlei Veranlassung vorliege, Frau H. etwa aus der Ortschaft mit Rücksicht auf Ruhe und Frieden zu entfernen. Beim Gendarmerieposten sind überhaupt keine Vorgänge vorhanden. Alle befragten Personen konnten über Frau H. nur ein gutes Zeugnis abgeben.

Der Blockleiter Dürrer hat sich bei seinen Angaben auf die Aussagen eines 20 jährigen Arbeiters der Wlaschimer Munitionsfabrik gestützt und diese Angaben ohne jegliche Überprüfung hingenommen. Der Arbeiter bezog seine Informationen ausschliesslich von seiner 60 jährigen Grossmutter, die sich der Tragweite ihrer Antworten überhaupt nicht bewusst war. Auch der Arbeiter selbst war sich nicht im klaren über die Folgen, als er sein lächerliches Ermittlungsergebnis Dürrer mitteilte.

22350

[Handwritten signature]

[Handwritten notes]
i. a. d.
h. 16/11.97

Der Oberlandrat

Tabor, den 20. Oktober 1941
Telefon Nr. 327 u. 328

6

Nr. II 303

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

SD-Leitabschnitt Prag	
24821	29. OKT. 1941
Beauftragter:	Richtungszeichen:

93
L

Der Reichsprotector
in Böhmen u. Mähren.
Eingangsstelle.
Eingeg.: 23. X. 1941
Gen. Fitzke

An den
Herrn Reichsprotector
in Böhmen und Mähren
z.H. des Herrn Oberschulrats
in Prag.

Betrifft: Schulbesuch des Sohnes der Lina Hohberg in Soutitz,
Vorgang: Mein Fernschreiben vom 8.10.41, Nr. II 303.
Beilage: 1 Schreiben.

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotector
in Böhmen und Mähren.
Eing.: 27. OKT. 1941

25/10
f. Protokoll
der Konferenz
am 19.10.41
aufgekl. der
auftrag, der
Mittwoch, 17.
Pallas, der
war ungenügend.
Unklarheit für
den O.L.R. über
Aufklärung
u. qualif. Bericht
14.10.41
wird trotz aller
Anfragen über
Bestand, der
in Folge der
prakt. Arbeit
nicht gehen
kann. Der
Bericht
müßte.

In Ergänzung meines oben angeführten Fernschreibens teile ich noch mit, dass ich für die Unterbringung des Kindes der Frau Hohberg in das deutsche Schülerheim und in die deutsche Volksschule in Tabor Sorge tragen werde. Die Aufnahme des Kindes nach Tabor wird voraussichtlich in einigen Tagen stattfinden. Den in meinem Fernschreiben geschilderten Sachverhalt muss ich dahin richtig stellen, dass nicht Frau Hohberg, sondern ihr Sohn zum zuständigen Blockleiter im Beisein meines Oberinspektors Wilhelm sagte, er wolle nicht in die deutsche Schule gehen. Mit Frau Hohberg hat der Blockleiter über den Schulbesuch nicht gesprochen. Diese unrichtige Angabe beruht auf einem Hörfehler bei der fernmündlichen Berichterstattung durch den Blockleiter am 9. 10. 1941. Auf jeden Fall muss ich mich entschieden gegen die Behauptung verwahren, dass ich die Aufnahme des Kindes Hohberg in die deutsche Schule abgelehnt hätte. Ich habe bis jetzt in meinem Oberlandratsbezirk vier Schülerheime eingerichtet und ich setze meinen besonderen Ehrgeiz darin, jedes deutsche Kind auch der deutschen Schule zuzuführen. Im Uebrigen nehme ich auf den beiliegenden ausführlichen Bericht des Blockleiters über seine seinerzeitige Unterhaltung mit Frau Hohberg, welcher ein anschauliches Bild von der Frau selbst abgibt, Bezug. Die Frau ist bisher bei mir als Deutsche nicht gemeldet und ist zweifellos eine typische Angehörige der national vollkommen gleich-

28. X. 1941
6646/4
12/10

für Aufklärung. Frau Hohberg wird in der dort. Akte.
ding. als Buchanleiherin bei St. G. I E-112 2/41
6.2.

Löhner

#

gültigen Zwischenschicht.

Ihr Schreiben, auf das sich der Bericht beruft, ist am 16.9. bei mir eingelaufen. In ihm beantragte sie einen Pass oder eine Bürgerlegitimation. Nur am Schluss des Schreibens, das über eine Seite lang ist, wird in 3 Zeilen der Wunsch ausgedrückt, den Sohn in die deutsche Schule zu schicken.

Wegen seines Hauptinhalts kam das Schreiben in die Passabteilung, welche die kurz angeführte zweite Bitte der Frau Hohberg übersehen hat.

*gezeichnet, dahingegen sie in dem vorliegenden
die deutsche Schule gehen. Ich hoffe, dass
Gesell. als Staatsbürgerin angesehen.
Lebens bedarf die Förderung des Geistes.
bei der Abklärung, ob sie überhaupt als
berücksichtigt angesehen werden soll. Ich darf auch
darauf hinweisen, dass der Staatler ein
D. als ein System einleitet*

59325



440
18/10.47

23. X. 1941

EINSCHREIBEN

7

Franz Dürrer

W l a s c h i m .

Wlaschim, den 13. Oktober 1941.

Vertraulich!

Betr.: Angelegenheit Lina
Hohlberg, Sautitz.

Betr.: Fernmündliche Unter-
redung vom 11.10.41.

Herrn

Oberlandrat Dr. H e r t l,

T a b o r .

Anlässlich einer vor ca 6 Monaten durch Herrn O.Reg.Insp.Wilhelm erfolgten Dienstreise (oder Amtstages) wurde ich gebeten, als zuständiger Blockleiter und damit Wegkundiger in die 12 km von hier entfernte Ortschaft Sautitz mitzufahren. Herr O.Reg. Insp. hatte eine FU Angelegenheit bei der dort wohnhaften Lina Hohlberg festzustellen und ich sollte, wenn notwendig, Dolmetscherdienste leisten. Als wir bei der Wohnung ankamen, trafen wir den Sohn, welcher auf der vor dem Hause befindlichen Rasenfläche schlecht gewaschene Wäschestücke ausbreitete. Auf meine Frage in tschechisch, wo die Mutter sei, sagte der Junge, dass sie bei dem Strassenbau in der Nähe beschäftigt ist und in dem 10 Minuten von hier entfernten Barackenlager anzutreffen sei. Ich fragte dann den Jungen, ob er deutsch verstehe, worauf ich keine Antwort erhielt. Ich fragte dann weiter in tschechisch, ob ihm um den Vater bange sei und ob die Mutter brav wäre, erhielt aber wieder keine Antwort. Ich sagte ihm dann, dass er die deutsche Schule wir besuchen müssen, und er antwortete mir mit nein. Ich stellte dann noch verschiedene Fragen und ersah daraus, dass die Umgangssprache in der Familie nur tschechisch sein konnte. Anschliessend besuchten wir die Mutter in dem Barackenlager. Dort fragte ich in tschechisch einen Beamten, ob hier eine Frau Hohlberg beschäftigt ist und wurde von diesem auf den Nebenraum verwiesen. In diesen Räume sahen wir bei offenem Fenster eine Frau und ich sagte: Frau Hohlberg? Ans, sagte diese in tschechisch. Ich sagte ihr dann in der Annahme, dass sie die deutsche Sprache nicht beherrscht, da sie mir auf meine erste Frage in deutsch, tschechisch geantwortet hatte auf Herrn W. deutend, dass dieser Herr vom Oberlandratsamt Tabor wäre und einige Fragen in ihrer FU Angelegenheit an sie zu stellen hätte. Ich verdolmetschte dann auch tatsächlich verschiedene von Herrn W. gestellte Fragen. Einige dort anwesende tschechische Herren sahen uns verwundert an und auch die Frau war etwas über unser Erscheinen erstaunt. Sie sprach nur tschechisch, und ich übersetzte die von Herrn W. gestellten Fragen. So verdolmetschte ich einige Minuten und als H.W. wieder eine weitere Frage stellte, gab Frau H. plötzlich zur Antwort in deutscher Sprache: Kommen die Herren bitte rückwärts, ich komme heraus. Die Worte sprach H. aber in Erregung und Angst und sah sich vorsichtig um, sodass

ich den Eindruck hatte, dass sie sich vor den sich in der Nähe befindlichen tschechischen Beamten der deutschen Sprache nicht bedienen wollte. Ausserhalb des Raumes beantwortete H. dann Herrn W. jedoch sich vorsichtig nach allen Seiten umsehend, die gestellten Fragen und zeigte eine gewisse Erregung. Auf die Frage, ob sie ganztägig im Verdienst stehe, meinte sie nein, da sie ja für den Jungen der zur Schule geht kochen muss und auch sonst verschiedene häusliche Arbeiten zu verrichten hat. H. zeigte kein Interesse, den Jungen in die deutsche Schule schicken zu wollen und kam auch auf keine ähnliche, mit der Schule zusammenhängende Frage zu sprechen. Im Gegenteil, auf eine Frage von mir, ob sie nicht nach Wlaschim in die Munitionsfabrik kommen möchte, erhielt ich eine ausweichende Antwort. Man sah deutlich, dass sich H. mehr zum Tschechentum herangezogen fühlt. Herr W. forderte dann noch eine Bescheinigung über den Verdienst beim Strassenbau, welchen Frau H. an das Oberlandratsamt schriftlich einreichen wollte. Wir verabschiedeten uns dann, wobei H. sich nicht des deutschen Grusses bediente und sprach dann noch im Auto über das nichtdeutsche Verhalten einiger Streudeutschen im tschechischen Gebiet.

Von dieser Zeit habe ich H. weder gesehen noch gesprochen. Zufolge ihres Aufrufes richtete ich an H. sofort ein Schreiben, dessen Abschrift sowie hierauf erhaltene Antwort ich zur Einsichtnahme beilege.

Von meinen in Sautitz wohnhaften V. Mann, der im hiesigen Betrieb beschäftigt ist und als unbedingt verlässlich angesehen werden kann, habe ich über H. noch nachstehendes erfahren: Den Jungen behandelt sie in letzter Zeit sehr schlecht, gibt ihm nicht genügend essen und prügelt denselben öfters. Einmal soll H. ihren Jungen derart verprügelt haben, dass ein sich in der Nähe befindlicher Mann einschreiten musste und ihr den Riemen abnahm. H. verkehrt auch sehr mit den am Strassenbau beschäftigten Männern und es erweckt daher den Eindruck, dass sie gerne den Jungen los werden möchte, um freieren Lauf zu bekommen und daher in der Unterbringung in einer deutschen Schule die richtige Stütze gefunden zu haben glaubt. Der Junge erzählte auch, dass die Mutter einmal eine Dorte gebacken hätte und abens einige Männer diese dann aufgegessen haben. Weiter stopft H. auch Gänse, und das auch nicht für ihren Gebrauch, sondern für Herren der Strassenbauleitung, wie anzunehmen ist. Frau H. soll sich aber auch andere Sachen erlauben. Sie geht zu Bauern und Geschäftsleuten und droht teilweise mit der Gestapo, wenn ihren Wünschen nicht entsprochen wird, begründet aber den Einkauf, dass sie die Sachen dem Manne an die Front schicken muss. Das gleiche macht sie auch bei den Trafikanten mit Zigaretten. Die Sachen soll sie aber den Männern am Strassenbau zukommen lassen, wie aus verschiedenen Kreisen zu erfahren ist. Als Rache, wenn ihren Wünschen manchmal nicht entsprochen wird, hat sie auch einige Personen zur Anzeige gebracht, doch konnte man den Betreffenden nichts nachweisen. Um der Frau dieses Treiben einzustellen, wäre angebracht, sie aus dem Ort Sautitz überhaupt herauszunehmen. Eine passende Möglichkeit wäre die Unterbringung in einer Judenwohnung in Wlaschim, wo H. auch als Arbeiterin in der Munitionsfabrik eine gute Beschäftigung finden würde. Der Junge könnte auch dann die deutsche Schule in Beneschau besuchen.

Ich hoffe, Ihnen mit diesem Bericht gedient zu haben und verbleibe mit deutschen Gruss

Heil Hitler!

Sicherheitsdienst RfW
SD-Leitabschnitt Prag

A 3 - PA. 3055/41

U.S.S.

Prag-Bubentfch, den 13. Okt. 1941.
Sachfenweg
Fernsprecher 77444

Nachvollgezogene Kistenführung!

An den
Herrn Staatssekretär
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
4-Gruppenführer K.H. Frank,
Prag.

Bund der Deutschen in Böhmen und Mähren.
Eing.: 21 OKT. 1941
Tgb. Nr.:
Reichsangehörige,

1.) Referentur
beim O.L.R.

2.) P.V.St.
wegen Schulbesuch

Betr.: H o c h b e r g, Karoline,
wohnhaft: Soutitz Nr. 55, Bez. Wlaschim.
Vorg.: Hier, B 2 - PA. 11 000 u. Stellungnahme des
Herrn Oberschulrats Fitzek vom 9.10.1941.
Anl.: 2.

922/10

Die Überprüfung der Meldung vom 1.10.1941 ergab folgendes:

Frau Hochberg behauptet weiterhin, dass sie bereits vor Schulbeginn 1940 beim Oberlandrat in Tabor um Einweisung ihres Sohnes in eine deutsche Schule gebeten habe, ohne eine Antwort zu erhalten. Vor ca. 4 Wochen beantragte die H. beim Oberlandrat in Tabor einen Pass. In diesem Schreiben fragte die H. gleichzeitig nochmals wegen der Einweisung ihres Sohnes in eine deutsche Schule an. Das Schreiben wurde bezüglich des Passes erledigt. Die gleichzeitig enthaltene Anfrage wegen des Schulbesuches ihres Sohnes wurde dem zuständigen Referenten beim Oberlandrat in Tabor bisher nicht vorgelegt. Weiter hat anscheinend der Blockleiter der NSDAP. in Wlaschim in dieser Angelegenheit nicht zuverlässig gearbeitet. Dem Oberlandrat gegenüber gab der Blockleiter an, er habe mehrere Male Frau H. ersucht, ihren Sohn in die deutsche Schule zu schicken, diese habe aber jedesmal abgelehnt. Bei der mit dem Blockleiter durchgeführten Rücksprache erklärte er, dass er nur ein einziges Mal mit Frau H. über andere Angelegenheiten gesprochen habe. Er und der Oberinspektor Wilhelm vom OLR. Tabor besuchten einmal die Wohnung der Frau H., um mit ihr in Unterstützungsangelegenheiten zu sprechen. Es wurde aber nur der achtjährige Sohn angetroffen. Dieser wurde auf tschechisch gefragt, ob er in eine deutsche Schule wolle, worauf der Junge mit "nein" antwortete.

St. G. V. E. - 112 / 41

Darauf

9a

Prag-Budweis, den 13. Okt. 1941
Schulamt
Taborerstr. 7/44

Prag-Budweis, den 13. Okt. 1941
Schulamt
Taborerstr. 7/44

Darauf wurde Frau H. auf ihrem Arbeitsplatz aufgesucht.
Die Unterstützungsangelegenheit wurde geklärt, die Frage
des Schulbesuchs des Kindes wurde jedoch, wie der Blockleiter
ausdrücklich zugibt, nicht angeschnitten. Es hat den Anschein,
als ob der Blockleiter der NSDAP. fahrlässigerweise die
Antwort des Jungen auch als den Standpunkt der Mutter
angesehen und demgemäss an den Oberlandrat in Tabor berichtet
hat.

13. OKT. 1941

Herrn Oberlandrats Fitzak vom 9.10.1941.
Hier: B 2 - A. 11 00 u. Stellungnahme des
Wohnort: Goultz Nr. 22, Bsch. Wiaschim.

22/10

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten notes in blue ink:]
bitte nur für normalen
von P.P.D. anstatt Mutter in
Mutter genau besitz aufweisen

[Handwritten notes in orange ink:]
f. Dr. Hausel
vom behördlich feldzug

7.25/10

59322



Et. C. 13.10.41

Postkarte an Liska!

Oberschulrat Fitzek
Gr. I 10

Prag, den 9. Oktober 1941

10

99/10

10 X. 1941
CD 6522/4

an den
9.110

Herrn Leiter der Abteilung I

*Herrn Untervollst. Richters
sich anzuschließen.
Fischer 1/10.*

*fr. Staatsratin
zu bitte vermeiden, daß die Hochberg
Staatsratin
man kann
nur.*

In fernmündlicher Rücksprache teilte mir der Oberlandrat von Tabor soeben mit, daß Frau Hochberg ihr Kind weder beim Oberlandrat noch bei dem nächst gelegenen Schülerheim in Beneschau angemeldet habe. Darüber hinaus hat der Oberlandrat festgestellt daß der Blockleiter der Partei in Wlaschin, zu dessen Amtsreich Frau Hochberg gehört, sie besucht und aufgefordert habe, ihr Kind in die deutsche Schule zu schicken. Dies habe sie abgelehnt. Schriftlicher Bericht des Oberlandrates als Bestätigung des Ferngesprächs folgt.

A3 *fehlt!*
St. S. V E-112 a / 41 *Fitzek.*

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotektor
in Böhmen und Mähren.
Eing.: 9. OKT. 1941
Tgl. Nr.:

An den
Herrn Staatssekretär
beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren
-Gruppenführer K.H. Frank
Prag.

Handwritten:
8/10
fr A Fuchs
Pofon
6

Handwritten:
U. St. S.
Belita sofort Larve!
Telefonat bei O.L.P. unzulässig!
F 8/10

Betr.: Hochberg, Karoline, Reichsangehörige,
wohn.: Soutitz Nr. 55 Beh. Wlaschim.
Vorg.: Ohne.

Handwritten:
F. F. F. F.
W. K. K. K.
F 9/10

Die Hochberg teilte einem Gewährsmann gegenüber mündlich Folgendes mit:

Im September 1939 kam sie mit ihrem Ehegatten und ihrem am 2.3.1933 geborenen Sohne Johann nach Soutitz. Ihr Ehegatte arbeitete auf der Autobahn bei der Firma Manntaus und Schweizer, musste jedoch kurze Zeit darauf zur deutschen Wehrmacht einrücken und befindet sich derzeit im Krankenhaus in Jüterbo. Ferner gab Frau Hochberg an, dass ihr Sohn die dritte Klasse der tschechischen Volksschule in Soutitz besuche und sie sich bereits erfolglos an den zuständigen Oberlandrat in Tabor gewandt habe, dass ihr Kind in die deutsche Schule aufgenommen werde. Sie sei deshalb gezwungen, weiter ihr Kind in die tschechische Schule zu schicken und müsse die Feststellung machen, dass ihr Sohn die deutsche Sprache verlerne und der Mutter entfremdet würde. Frau H. klagte ferner, dass die Tschechen ihr Kind aufhetzen, nicht auf die Mutter zu horchen, die Mutter sei Deut-

12

E

4526/41

SECRET

3. a. d.
/ 3/10.41

- 1.) An den
Stellvertretenden Reichsprotector,
H-Obergruppenführer General H e y d r i c h,

- 2.) an den
Staatssekretär beim Reichsprotector,
H-Gruppenführer K.H. F r a n k,



P r a g.

Betr.: Stimmungsentwicklung im Protektorat vom 29.9. bis
2.10.1941.

In Fortsetzung des zusammenfassenden Kurzberichtes vom 29.9.
wird über die Stimmungsentwicklung im Protektorat folgendes
berichtet:

I. Deutsche Bevölkerung:

Die schon bis zum 29.9. erkennbare stimmungsmäßige Aus-
wirkung des Führungswechsels im Protektorat dauert im wesent-
lichen unverändert an. Es kann festgestellt werden, daß die
überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Führungs-
wechsel mit lebhafter Zustimmung aufgenommen hat und die seit-
her getroffenen drakonischen Maßnahmen vorbehaltlos billigt.
Es kommt immer wieder Befriedigung zum Ausdruck, daß nunmehr
"endlich" mit dem tschechischen Übermut Schluß gemacht und
energisch durchgegriffen wird. Dem Reichsprotector von Neu-
rath sagt man nach, daß er viel zu schwach gewesen sei und
auch manche unerwünschte Einflußnahme des deutschen und tsche-
chischen Adels ermöglicht habe. Vielfach geht die volksdeut-
sche Bevölkerung soweit, ohne Rücksicht auf eigene Unannehm-
lichkeiten die Verhängung des Ausnahmezustandes für weitere
teilweise deutsch bewohnte Bezirke zu fordern (z.B. OLB Iglau

St. S. V. E-113/41

um nur die Möglichkeit einer Abrechnung mit dem Tschechentum nicht vorübergehen zu lassen. Außerdem erwartet man allgemein eine Besserung der wirtschaftlichen Lage durch scharfe Bekämpfung der verschiedenen Mißstände auf diesem Gebiete. An negativen Stimmen von deutscher Seite sind im wesentlichen nur folgende zu nennen:

- 1.) Stellenweise sind Streudeutsche, die seit jeher wankelmütig sind, erschreckt über die Schärfe des Durchgreifens und stellen die Frage, ob man denn nicht mit weniger scharfen Mitteln auskommen werde;
- 2.) bedauern Adelskreise und andere reaktionäre Elemente den Wegfall bestimmter gesellschaftlicher Beziehungen, die sich an die Person des Reichsprotectors knüpften;
- 3.) ist der bürokratisch gesinnte Teil der Beamtenschaft des Czernin-Palais und bei den Oberlandräten von der ohne ihre Mitwirkung vollzogenen Umwälzung peinlich überrascht und trotz nach außen zur Schau getragener guter Miene offenbar deprimiert;
- 4.) wird in bürgerlichen und Wehrmachtkreisen verschiedentlich die grundsätzliche Frage gestellt, ob denn wirklich ein genügend ernster Grund vorgelegen habe, um derart durchzugreifen, oder ob es sich nicht um eine rein politische Zweckmaßnahme oder einen politischen Machtkampf handle. Zu betonen ist hierbei allerdings, daß auch aus Offizierskreisen der Wehrmacht verschiedene in dieser Lebhaftigkeit kaum erwartete spontane Zustimmungsaussagen vorliegen.
- 5.) Zusammenfassend ist festzustellen, daß für die deutsche Bevölkerung das innenpolitische Geschehen im Protektorat z.Zt. völlig im Vordergrund steht und alle politischen und militärischen Vorgänge außerhalb des hiesigen Raumes dagegen völlig zurücktreten.

II. Tschechische Bevölkerung:

Die Stimmung der Tschechen war am 29.9. dahin umrissen worden, daß von ihnen die Bedeutung des Führungswechsels nur allmählich erkannt und vielfach mißdeutet wurde. Die haupt-

sächliche Mißdeutung bestand darin, daß man allgemein mit Schadenfreude eine angebliche Ausschaltung des Staatssekretärs K.H. Frank feststellen zu können glaubte. Im gleichen Sinne lag es, wenn die Ernennung von 4-Obergruppenführer Heydrich als diplomatisches Zugeständnis des Führers an die Antipathie der Tschechen gegen einen Sudetendeutschen gewertet wurde. Die falsche Einschätzung der Lage wurde dadurch verstärkt, daß die tschechische Flüsterpropaganda sofort behauptete, der Führungswechsel im Protektorat stehe mit einer Regierungskrise im Reich in Zusammenhang und die Verhängung des Ausnahmezustandes sei ein Anzeichen für den inneren Zerfall des Reiches, gegen den man mit diesem Mittel ankämpfen müsse. Als dann die steigende und von niemandem erwartete Zahl von Todesurteilen der Standgerichte bekannt wurde, wurden sich die Tschechen mit einem Schlage des Ernstes der Lage bewußt und gerieten nunmehr in eine noch nie dagewesene Angststimmung. In Beamten- und Offizierskreisen wurde die Schockwirkung der scharfen Maßnahmen besonders durch die Nachricht von der Verhaftung und nunmehrigen Aburteilung des Ministerpräsidenten Eliaš gesteigert. Man sah sich jetzt plötzlich einer unerwarteten Machtentfaltung des Reiches gegenüber und fühlte sich gleichzeitig führungsmäßig verlassen, da geeignete Parolen in den tschechischen Feindsendungen zunächst völlig ausblieben. Es entstand so eine stimmungsmäßige Lage, die im wesentlichen durch folgende Punkte gekennzeichnet ist:

- 1.) Man ist sich unter den Tschechen mehr und mehr darüber klar geworden, daß die Ernennung des Obergruppenführers Heydrich die Anerkennung einer von Staatssekretär K.H. Frank bisher gegen bürokratischen Widerstand durchgeführten politischen Linie ist und ließ nunmehr notgedrungen die Hoffnungen auf einen Gegensatz zwischen Obergruppenführer Heydrich und Gruppenführer Frank fast durchweg fallen.
- 2.) Die tschechische Führungsschicht der verschiedenen Lebensgebiete, vor allem aber Beamte, ehem. Offiziere und Angehörige der Intelligenz fühlen sich durch die neue Lage in besonderem Maße in ihrer Existenz bedroht und zeigen

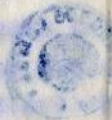
sich nunmehr ängstlich bemüht, nach außen ihre Korrektheit zu betonen. Deutschen gegenüber wird von diesen tschechischen Kreisen jede politische Stellungnahme zur Zeit vermieden. Es steht jedoch fest, daß diese Kreise noch keineswegs bekehrt sind, sondern daß sie sich nur vorsichtshalber bis zu einer von ihnen erwarteten Änderung der Lage zurückhalten.

- 3.) Unter der tschechischen Arbeiterschaft ist verschiedentlich die Ansicht zu hören, daß es garnicht schade, wenn einmal energisch durchgegriffen werde und diesmal nicht der kleine Mann, sondern die verantwortliche Führung daran glauben müsse. Stellenweise äußerten Arbeiter, daß endgültig einmal Ruhe und Ordnung geschaffen werden müßte, auch wenn das ganze Protektorat dabei zu Grunde ginge. In diesen Kreisen verspricht man sich von der Ernennung des Obergruppenführers Heydrich vor allem auch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, da man drakonische Maßnahmen gegen Schwarz- und Schleichhandel usw. erwartet.
- 4.) Am wenigsten ist nach bisher vorliegenden Berichten aus verschiedenen Gegenden des Protektorates die Landbevölkerung von den Ereignissen berührt. Von dieser ist vielfach auch nicht begriffen worden, daß der zivile Ausnahmezustand nicht für das gesamte Protektoratsgebiet verhängt worden ist, sodaß sich auch insofern eine gebietsmäßige Differenzierung nicht erkennen läßt.
- 5.) Besondere Bestürzung herrscht in Funktionärkreisen der Nationalen Gemeinschaft und man erwartet hier ziemlich allgemein, daß diese Organisation aufgelöst werde. Die Funktionäre befürchten ihre Verhaftung, zumal vielerorts tolle Gerüchte über eine Hinrichtung der gesamten Protektoratsregierung u.ä. verbreitet sind. Man rechnet auch in diesen Kreisen weithin mit einem baldigen Ende des Protektorates.
- 6.) Die tatsächliche Lage im Protektorat ist als ruhig zu bezeichnen. Streiks sind seit der Übernahme der Führung durch Obergruppenführer Heydrich nicht in einem einzigen Falle mehr versucht worden. Sabotageakte sind, vor allem

in Form von Brandstiftungen auf dem Lande, in den letzten Tagen noch mehrfach vorgekommen; sie haben jedoch auch nicht zahlenmäßig zugenommen. Im Gegenteil ist verschiedentlich in Betrieben und Behörden beobachtet worden, daß Beamte und Arbeiter neuerdings einen ungewöhnlichen Arbeitseifer zeigen. Es folgt daraus, daß sich wiederum die Ansicht bestätigt hat, daß der Tscheche sofort nachgibt, wenn er einen energischen Herrscherwillen spürt.

- 7.) Zusammenfassend ist festzustellen, daß trotz einer gewissen Flüsterpropaganda, die sich noch immer bemüht, die derzeitige Lage mit der Entwicklung von 1917-1918 zu vergleichen und die jetzt Hingerichteten als Märtyrer zu heroisieren, noch niemals derartige Depression und Hoffnungslosigkeit unter den Tschechen geherrscht hat. Man befürchtet allgemein weitere scharfe Maßnahmen (Verhaftungen, Todesurteile, Einziehung sämtlicher Rundfunkgeräte usw.) und äußert immer wieder tiefstes Bedauern über den (meist als endgültig betrachteten) Abgang des "tschechenfreundlichen" Reichsprotektors von Neurath.

12400



Handwritten signature or initials in dark ink, possibly 'J. J. J.', located in the lower right quadrant of the page.

Prag, den 13.10.1941

17

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotector
in Böhmen und Mähren.
Eing.: 13. OKT. 1941
Tgl. Nr.

B e r i c h t .

Betrifft: S a n d a, Rudolf, Prag II, Smetschka-Gasse 30,
wegen Schleichhandels.

Die nochmalige genaue Überprüfung der Angelegenheit S a n d a hat lediglich das Ergebnis der bisherigen Feststellungen bestätigt. Es kann demnach zusammenfassend folgendes gesagt werden:

Durch vertrauliche Mitteilungen an den SD-Leitabschnitt Prag war bekannt geworden, daß in dem Lebensmittelgeschäft des Protectoratsangehörigen Rudolf S a n d a karten- und bezugscheinpflichtige Lebensmittel und Textilien an deutsche Beamte und Wehrmatsangehörige ohne Abgabe von Karten bzw. Bezugscheinen zu erhöhten Preisen verkauft wurden.

Es wurde festgestellt, daß in dem Geschäft von S a n d a, dem später auch ein Mittagstisch eingegliedert wurde, hauptsächlich Deutsche, insbesondere Angehörige der Wehrmacht, verkehrten und dort im Schleichhandel Lebensmittel und Textilien aller Art zu teilweise überhöhten Preisen kaufen konnten.

Die Behauptung, daß auch deutsche Behörden an diesen Geschäften teil hatten, hat sich in keiner Hinsicht beweisen lassen. S a n d a hat diese angeblichen Beziehungen nur vorge täuscht, um ein Eingreifen der tschechischen Kontrollorgane zu verhindern. Der Verdacht, daß S a n d a „Beziehungen zu höheren Herren vom Amte des Reichsprotectors bzw. zu deutschen Dienststellen“ habe, wird weiterhin durch die Tatsache entkräftet, daß bereits am 9.8.1941 der Preisüberwachungsstelle in Prag durch die Gruppe Preisbildung des Amtes des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren Weisung für die Überprüfung des Geschäftsgebarens von S a n d a und seiner Ehefrau erteilt wurde. Bereits im Juni d.J. hatte auch die Deutsche Kriminalpolizei Ermittlungen gegen S a n d a eingeleitet.

St. S. V. 8-114 a/41

14a

Von den Personen, die die Spinnstoffwaren an Š a n d a lieferten, konnte nur eine namentlich ermittelt werden. Es handelt sich um den Schneidermeister D a n ě k . Š a n d a selbst gibt zu, daß er die auf diese Weise erworbenen Spinnstoffwaren mit Aufschlag weiterverkaufte. In vielen Fällen hat er den Schwarzhandel nicht selbst durchgeführt, sondern er ließ die Händler in sein Geschäft kommen und brachte sie dort mit seinen Kunden zusammen.

In einem anderen Falle hat Š a n d a von dem Kellner T o m a š e k 50 Paar Schuhe ohne Bezugschein erworben, um sie zu erhöhten Preisen weiterzuverkaufen.

Bei der in seinem Geschäft vorgenommenen Durchsuchung wurden Spinnstoffwaren im Werte von ca. 50.000 K gefunden. Es handelt sich u.a. um ca. 150 Paar Herren- und Damenstrümpfe, 50 Stück Damenunterwäsche, 25 Stück Herrenunterwäsche, 185 m Stoff für Damenkleider und -blusen, 50 m Stoff für Herrenanzüge und -mäntel, 26 Paar Herrenschuhe und 50 Paar Damenschuhe.

Š a n d a ist als typischer Schieber anzusehen, der die durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnisse für seine persönlichen Vorteile ausgenutzt hat.

Nach Angaben einer früheren Angestellten von ihm war der Schleichhandel seine Haupterwerbsquelle.

Es ist beabsichtigt, Š a n d a nach Abschluss der Ermittlungen dem Standgericht Prag zur Aburteilung zu überstellen.

[Handwritten Signature]
Kriminalkommissar.

[Red handwritten signature]
17/10

[Faint blue handwritten notes]
74571

gel 6 17/10



[Red handwritten signature]
16/10

[Faint blue handwritten notes]
37/10 47

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD

Prag, den 2. Oktober 1941

18

Geb. Nr. B. d. S. IV - 8527/41
Bitte bei der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Büro des Staatssekretärs
bei der Reichsprotector
in Böhmen und Mähren.
Eing.: 3. OKT. 1941
Tgb. Nr.:

An den
Reichsprotector in Böhmen und Mähren

z.Hdn. des Herrn Staatssekretärs
H-Gruppenführer K.H. Frank
in Prag

Betrifft: S a n d a , Rudolf, Prag II, Smetschkagasse 30.
Vorgang: Bekannt.

7/10/10

In obiger Angelegenheit erlaube ich mir einen
Zwischenbericht vorzulegen.

In dem Geschäft Sandas, dem noch ein Mittagstisch
angegliedert wurde, verkehrten in der Hauptsache Deutsche,
insbesondere Angehörige der uniformierten Verbände. Dieselben
kauften dort laufend ohne die erforderlichen Lebensmittel-
karten und Kleiderpunkte Lebensmittel und Textilien aller Art
zu teilweise überhöhten Preisen.

Der gegen den Eigentümer erhobene Vorwurf, Eingriffe
durch Kontrollorgane verhindert zu haben, indem er mit seinen
angeblichen Beziehungen zu deutschen Behörden operierte, ent-
spricht nur zum Teil den Tatsachen. Es steht fest, dass bereits
vor Bekanntwerden des durch Sanda geduldeten und durch ihn
selbst betriebenen Schleichhandels Ermittlungen gegen Sanda
geführt wurden. Insbesondere wird der geäußerte Verdacht,
dass Sanda "Beziehungen zu hohen Herrn vom Amte des Reichs-
protectors bzw. zu deutschen Dienststellen" habe, weiterhin
durch die Tatsache entkräftet, dass bereits am 9. August 1941
der Preisüberwachungsstelle in Prag durch die Gruppe Preis-
bildung des Amtes des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren

[Handwritten signatures and stamps]



- 2 -
St. S. V. 8-114/41

Weisung für die Überprüfung des Geschäftsgebahrens von Sanda und Ehefrau erteilt wurde. Bereits im Juni dieses Jahres hatte die deutsche Kriminalpolizei Ermittlungen gegen Sanda eingeleitet.

Die Tatsache, dass Sanda bei gelegentlichen Kontrollen bzw. bei Äusserungen von Bedenken über die Rechtmässigkeit des Handels durch die Händler selbst zur Verhinderung von behördlichen Massnahmen auf seine angeblichen Verbindungen zu deutschen Behörden hinwies, wird von ihm nicht geleugnet. Sanda musste aber zugeben, dass Verbindungen tatsächlicher Art mit deutschen Behörden garnicht vorhanden waren; er hatte lediglich auf Grund seiner vertraulichen Mitteilungen an Behörden des Reiches und des Protektorats oberflächliche Bekanntschaften mit den jeweiligen Sachbearbeitern gemacht, ohne dass aber diese Beamten, deren Namen er nicht zu nennen imstande war, ihm ihren besonderen Schutz zugesagt hätten.

Die von Sanda zu seiner Entlastung vorgebrachten Einwände, dass er die Vermittlung von Schleichhandelsgeschäften auf besonderen Wunsch seiner zahlreichen Kunden durchführte und dass die Schleichhändler ohne sein Zutun sein Geschäft aufsuchten, weil sie hier ungehindert und mit Duldung des Sanda ihre in finanzieller Hinsicht erträglichen Geschäfte mit den Deutschen tätigen konnten, ist ebensowenig zu widerlegen, wie sein Einwand, dass nicht er die Kunden in ihren Dienststellen zwecks Verkaufs von bezugscheinpflichtigen Waren aufsuchte, sondern dass dieser strafbare An- und Verkauf von den in seinem Geschäft verkehrenden Händlern auch in Räumen deutscher Behörden auf entsprechenden Wunsch der deutschen Aufkäufer durchgeführt wurden.

Abschliessend sei noch bemerkt, dass die in dem Geschäft und Speiseraum des Sanda angeblich bestehende Unsauberkeit tatsächlich vorhanden war und bereits zur Schliessung Anlass gegeben hat.

Weitere Ermittlungen sind noch im Gange, nach deren Abschluss erneut berichtet wird.

Herrn

Oberregierungsrat Dr. Gies

Im Auftrag:

im Nachgang zu dem heute überreichten abschließenden Bericht nachgesandt.



74570

Handwritten signature and date: 13/10.41

Large handwritten signature, likely of the official mentioned in the text.